



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 03.02.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 09. Februar 2012, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 21.12.2011

2. Mitteilungen

3. Fragestunde

4. 12-V-02-0001

DL 03/12-3 NÖ

Strategischer Partner für die HSK

ANLAGE nicht öffentlich

5. 12-F-33-0015

Verbesserung der Haushaltsaufstellung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 27.01.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. welche Methoden zur Überprüfung der Eckwerte existieren,
2. nach welchen Kriterien der Bedarf der Stadt an räumlichen Ressourcen derzeit ermittelt wird und welche Alternativen hierzu denkbar sind,
3. wie sich Anforderungen durch Bund und Land auf den notwendigen Ressourceneinsatz in den letzten zehn Jahren ausgewirkt haben. Dabei sind Vorschläge für regelmäßige Verbesserungen in Zukunft zu machen,
4. wie sich die Regeln der internen Verrechnung im Detail darstellen.

6. 12-F-33-0014

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 31.01.2012 -

In Wiesbaden fehlen zurzeit rund 4.000 Wohneinheiten. Deshalb ist die Förderung bezahlbaren Wohnraums ein wichtiges Ziel.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht es als ihre Aufgabe an, preiswerten Wohnraum für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die städtischen Wohnbaugesellschaften leisten hervorragende Arbeit; aber angesichts der hohen Nachfrage und der prognostizierten demografischen Entwicklung sind alle Anstrengungen nötig, dass auch Bevölkerungsgruppen mit kleinem Einkommen adäquat mit Wohnraum versorgt werden können.

Derzeit arbeitet eine städtische Projektgruppe der Dezernate II, III und IV sowie der SEG an der Identifizierung von möglichen Wohnbauflächen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine „Stabsstelle Bezahlbarer Wohnraum“ einzurichten, die aus Mitarbeitern der Dezernate Stadtentwicklung und Soziales besteht und die zum Ziel hat, bis Ende 2012 ein Konzept zu erarbeiten und alle Vorbereitungen zu treffen, um spätestens 2013:
 - a. mit Interessenten der Wohnungswirtschaft in Verhandlung zu treten, um auf möglichen Neubauf Flächen Wohnungsbau zu realisieren, der von Seiten der Stadt gefördert wird,
 - b. mit den (städtischen) Wohnbaugesellschaften und weiteren Wohnungsunternehmen über den Erwerb von Belegrechten zu verhandeln, indem städtische Zuschüsse zur Sanierung von Wohneinheiten gewährt werden. Dabei ist zu beachten, dass eine energetische Sanierung bereits bestehender Altbauten erfolgt und diese sanierten Gebäude eine gemischte Bewohnerstruktur aufweisen sollen.
 - c. darzustellen, wie auch private Hausbesitzer eingebunden werden können.

2. Das Konzept soll im Sitzungszug im Herbst den städtischen Gremien vorgestellt werden.
3. Das Konzept soll das Ziel verfolgen, preiswerten Wohnraum zu schaffen und das Mietpreisniveau in Wiesbaden zu stabilisieren. Für die Umsetzung dieses Konzeptes, werden bis zu 50 Mio. € bereitgestellt.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfolgt das Ziel einer Mindest-Quote von 15% preisgebundener Wohnungen bei jedem Neubauprojekt im Geschosswohnungsbau mit mehr als 20 Wohneinheiten.
5. Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit dem inhaltlichen Konzept auch mögliche Finanzierungsmodelle vorzulegen.

7. 12-F-03-0018

Mitsprache stärken - Demokratische Teilhabe ausbauen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2012 -

Das Wiesbadener Jugendparlament ist mit seiner konstituierenden Sitzung am 17.1.2012 in die zweite Runde gegangen. 31 Wiesbadener Jugendliche wollen künftig Verantwortung für die Jugendpolitik ihrer Stadt übernehmen und haben in dieser Sitzung "Engagement und Innovation" versprochen. Um die Bedeutung des Jugendparlaments zu betonen und die Erziehung zur demokratischen Teilhabe zu stärken, gilt es die politischen Gestaltungsmöglichkeiten des Jugendparlaments zu verbessern.

Ebenso gilt es, die anderen demokratischen Ressourcen der Stadt Wiesbaden effizient zu nutzen. Ausländerbeirat und Seniorenbeirat haben durch die Betroffenheit in verschiedenen Lebenslagen einen besseren Blickwinkel auf die unterschiedlichen Problemsituationen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Um von diesem Wissen und Fühlen besser zu profitieren, sollte die Stadt Wiesbaden deren Möglichkeiten zur Teilhabe an der Stadtpolitik ausbauen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen,

Jugendparlament, Ausländerbeirat und Seniorenbeirat wird Antragsrecht für die Stadtverordnetenversammlung eingeräumt, sofern eine besondere Betroffenheit gegeben ist.

8. 12-F-08-0012

Rehabilitierung von Inquisitionsoffern
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -

Ca. 60.000 Frauen und Männer wurden Opfer der so genannten Hexenprozesse in Europa. Unter dem Grafen Johannes von Nassau wurden im 17. Jahrhundert, wie die Auswertung von Akten aus dem hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden ergeben hat, auch vier Frauen und zwei Männer aus Wiesbaden als vermeintliche Hexen, Zauberer und Werwölfe gefoltert und hingerichtet:

- Christine Helben, die "Gumpfen-Christine", 3. August 1676,
- Elisabeth Hoffmännin von Sonnenberg (69), Ehefrau des Pfarrers Johannes Hoffmann, Besitzerin des "Bock" (heute Schwarzer Bock), 30. September 1676,
- Fritz Kesselring, Schäfer, 30. September 1676,

- Agnes Kindermann (72), Witwe des Wiesbadener Glöckners Matth. Kindermann, ehemals Leiterin der Mägdleinschule, 16. Dezember 1676,
- Katharina Voll aus Biebrich, Witwe des Armenruhmüllers Albert Voll, denunziert durch den Biebricher Pfarrer, 16. Dezember 1676 und
- Philipp Pflüger (62), Metzger und Gerichtsmann, 31. März 1677.

Viele Kommunen, wie zum Beispiel Idstein und Hofheim, haben bereits die moralisch-ethische Rehabilitierung der auf ihrem Gebiet ermordeten Menschen beschlossen.

(Literaturhinweis: Walter Czysz: Opfer des Hexenwahns. Hexenprozesse gegen Wiesbadener Bürger (1676), in: Hans-Jürgen Fuchs (Hg.): Verbrechen und Schicksale. Ein Wiesbadener Pitaval. Spektakuläre Kriminalfälle aus vier Jahrhunderten, Edition 6065, Seite 33 - 52)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich, wie bereits andere Kommunen vor ihr, für die Rehabilitierung der Wiesbadener Frauen und Männer aus, die in so genannten Hexenprozessen gefoltert und hingerichtet wurden. Die Stadtverordneten verurteilen diese Gewalt, die damals an Bürger_innen der Stadt begangen wurde. Sie gedenken der Opfer und geben ihnen mit der moralischen Rehabilitierung im Namen der Menschenrechte ihre Würde zurück - dies gebietet die ethische Verpflichtung gegenüber den Opfern.
2. Die Ausschüsse für Frauenangelegenheiten sowie Schule und Kultur werden gebeten Vorschläge zu erarbeiten um den Opfern im öffentlichen Raum zu gedenken. Dazu sollen Expert_innen zur Beratung hinzugezogen werden.
3. Der Magistrat wird um Kontaktaufnahme zum Idsteiner Magistrat gebeten wegen möglicher gemeinsamer Aktivitäten, da die Opfer aus Wiesbaden in Idstein ihr Leben gelassen haben.

9. 12-F-05-0001

Wiesbadener Jugendparlament

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 30.01.2012 -

Jugendliche müssen bei Entscheidungen, die sie betreffen, ein Mitspracherecht haben. Deshalb hat die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung bereits 2007 die Einrichtung eines Jugendparlaments beschlossen.

Der Stadtverordnetenbeschluss enthielt u.a. folgende Vorgaben:

- Wahlberechtigt sind alle jungen Wiesbadener Bürger zwischen 14 und 21 Jahren.
- Die Wahlzeit des Jugendparlaments beträgt 2 Jahre.
- Die Mitgliederzahl wird auf 31 festgelegt.
- Das Jugendparlament hat das Recht, selbständig einen Vorstand und weitere Ausschüsse bzw. Arbeitskreise zu bilden. Es soll sich selbst eine Geschäftsordnung geben und seine Arbeitsweise somit selbst bestimmen.
- Das Jugendparlament hat ein Vorschlagsrecht an die städtischen Körperschaften in allen Angelegenheiten, die die Jugendlichen betreffen.
- Jeweils ein Mitglied kann vom Jugendparlament als regelmäßiger Vertreter/- in zu allen Ausschusssitzungen entsandt werden. Ihm/Ihr wird dort Redemöglichkeit gegeben, soweit eine besondere Betroffenheit Jugendlicher besteht.
- Bei den Wahlen zum Jugendparlament sind die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Schulen zu nutzen (Einrichtung der Wahllokale; Schüler als Wahlvorstände).

Auf Grundlage des Beschlusses wurde im November 2009 und 2011 ein Jugendparlament gewählt. Trotz des großen Engagements der Jugendparlamentarier und der erzielten Erfolge, wie der Kampagne gegen Gewalt, war auch bei der zweiten Wahl die Wahlbeteiligung enttäuschend. Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) eine Evaluierung der o.g. Vorgaben und der Amtszeit 2009/2011 durchzuführen.
- b) zu prüfen, ob eine erweiterte Beteiligung der Jugendlichen (z. Bsp. durch ein Antragsrecht in den Fachausschüssen vom Jugendparlament gewünscht wird) und wenn ja, rechtlich möglich ist.
- c) Gemeinsam mit dem Jugendparlament, dem Stadtschülerrat, den Schulen sowie evtl. weiteren Jugendverbänden ein Konzept zu entwickeln, das den Informationsaustausch zwischen den Institutionen fördert, eine angemessene Repräsentation aller Wiesbadener Jugendlichen sicherstellt und das Jugendparlament ins Bewusstsein der Bürger rückt.
- d) Ebenso mit den o.g. Institutionen Instrumente zur besseren Gewinnung von Jugendparlamentskandidaten und zur Erhöhung der Wahlbeteiligung zu erarbeiten.

10. 12-F-07-0001

Auskunftspflicht zu städtischen Betrieben

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 31.01.2012 -

Zum Anspruch auf Transparenz gehört es auch, daß Stadtverordnete Fragen stellen können zu den Angelegenheiten von Betrieben, die in städtischem Besitz sind. Wieweit die Auskunftspflicht geht, ist ungeklärt, wie z.B. Anfragen der BLW zur Vergabepaxis der SEG gezeigt haben. Im Jahr 2010 gab es in Darmstadt in dieser Sache eine Auseinandersetzung zwischen der damaligen Opposition (CDU) und dem damaligen Oberbürgermeister (SPD). Die CDU wollte die Zulässigkeit von Fragen höchstrichterlich klären lassen, nahm aber dann davon Abstand, als das Rechtsamt Kriterien zur Beantwortung erarbeitete und aufgrund dieser Kriterien auch die gewünschten Auskünfte gegeben wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die aktuelle Rechtslage bezüglich der Auskunftspflicht zu städtischen Betrieben zu klären, auch im Hinblick auf die verschiedenen Organisations- und Beteiligungsformen der Gesellschaften;
2. zu prüfen, ob die vom Rechtsamt in Darmstadt erarbeiteten Kriterien, unter Umständen in modifizierter Form, in der Landeshauptstadt übernommen werden können.

11. 12-F-04-0001

Ordnung und Sauberkeit in Wiesbaden

- Antrag Die Republikaner vom 30.01.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Verbesserung von Ordnung und Sauberkeit in Wiesbaden entsprechende Maßnahmen zu ergreifen:

Vermehrte Kontrollen zur Verhütung von Müllentsorgungen, Anwendung von Strafen im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung, häufigere Leerungen von Müllbehältern, vor allem im Bereich von Bushaltestellen, Treffpunkten von Jugendlichen, vermehrte Maßnahmen zur Kontrolle des Alkoholkonsums von Jugendlichen, vor allem an den bekannten Brennpunkten.

12. 11-F-03-0105

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Vorgänge in Bezug auf die nicht fristgerechte Bearbeitung der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2011

ANLAGE

13. 11-V-10-0024

DL 33/11-2, 31/11-3

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und sonstigen Gremien; Änderungen in der Besetzung
- **Wahl** des Verwaltungsausschusses des Hess. Staatstheaters und der Verbandsversammlung des Naturparks Rhein-Taunus

ANLAGE

14. 11-V-20-0075

DL 30/11-1

Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden, Gründung eines neuen Eigenbetriebes
- **Wahl** der Betriebskommission "Wasserversorgungsbetrieb der LHW"

ANLAGE

15. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

Die European Business School kommt aus den Negativ-Schlagzeilen nicht mehr heraus. Ihre Glaubwürdigkeit wurde durch die Zweckentfremdung von Landesmitteln deutlich erschüttert. Dies führte sogar dazu, dass ein wichtiger Sponsor, die Deutsche Post AG, seine Finanzierung stoppte. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Tatsache, dass das Thema EBS-Ansiedlung wichtige finanzielle als auch planungspolitische Konsequenzen für die Stadt Wiesbaden hat, fordert Bündnis 90/Die Grünen Aufklärung über die Sachlage. Den Anliegern wurde ursprünglich versprochen, zügig Anstrengungen zur Aufwertung der Moritzstrasse zu unternehmen, seither ist viel Zeit vergangen.

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, inwieweit der Prozess der Ansiedlung der EBS (Law School) an der Moritzstraße fortgeschritten ist und welche Probleme die Vergabe des Bauauftrages verzögern;
2. zu klären, ob Medienberichte zutreffen, wonach eine Insolvenz der EBS möglich ist und welche Folgen eine solche Insolvenz der EBS für das Areal (altes Gerichtsgebäude) an der Moritzstraße haben würde;
3. da offenbar unabsehbar ist, wann es zu den Umbaumaßnahmen kommt und über weitere Monate hinaus mit einem Lehrstand zu rechnen ist, fordern wir den Magistrat auf mit dem Land und den Jugend- und Kulturinitiativen in Kontakt zu treten um über eine Zwischennutzung zu verhandeln;
4. Unabhängig davon wie es mit der EBS weitergeht ist der Magistrat verpflichtet ein umfassendes Konzept für die Aufwertung der Moritzstrasse vorzulegen.
5. zu erklären, wie er im Falle einer Insolvenz der EBS die Verwertbarkeit der bestehenden dinglichen Sicherung einschätzt (gemäß Vorlagennummer 08-V-01-0025).

16. 12-F-08-0011

Schriftliche Anfrage Nr. 32/2011 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 05.10.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Softwareeinsatz bei der LH Wiesbaden

ANLAGE

17. 12-F-03-0016

Schriftliche Anfrage Nr. 35/2011 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Ungeregeltes Parken an der Gaststätte Hockenberger Mühle

ANLAGE

18. 12-F-08-0013

Schriftliche Anfrage Nr. 47/11 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 10. Januar 2012 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Zuschüsse an Sportvereine aus dem "AKK-Haushalt" für die Haushaltsjahre 2010 und 2011

ANLAGE

19. 12-F-03-0019

Erhalt preiswerten Wohnraums in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2012 -

Der Presse der vergangenen Tage war zu entnehmen, dass das Land seinen Anteil an der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH beabsichtigt zu veräußern. Wiesbaden ist mit 7,3 % an der Nassauischen Heimstätte beteiligt. In Wiesbaden besitzt die Nassauische Heimstätte ca. 5750 Wohnungen. Diese Wohnungen werden überwiegend zu einem Mietpreis angeboten (Ø 5,20 € /m²), welcher deutlich unterhalb der Durchschnittsmiete für Wiesbaden liegt. Etwa die Hälfte der Wohnungen sind sozial gebundene Wohnungen.

Viele Wiesbadener Haushalte sind auf solch preisgünstige Wohnungen angewiesen. Die Mieten auf dem freien Markt sind in Wiesbaden bekanntermaßen schwindelerregend hoch. Angesichts dieser Situation kommt kommunaler Wohnungspolitik eine zentrale Bedeutung zu. Der langfristige Erhalt der günstigen Mietwohnungen der Nassauischen Heimstätte in Wiesbaden muss vor dem Hintergrund der Verkaufsabsichten der Landesregierung gesichert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Umgehend mit der Landesregierung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, dass diese vom Verkauf der Landesanteile an der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Abstand nimmt.
2. Sofern die Landesregierung weiterhin beabsichtigt ihre Anteile zu veräußern, Gespräche mit dieser und der Nassauischen Heimstätte zu führen, mit dem Ziel, die in Wiesbaden gelegenen Wohnungen zu erwerben oder die Wohnungen in anderer Weise als günstigen Wohnraum für Wiesbaden zu sichern, z.B. durch entsprechende Einflussnahme in der Gesellschaft.
3. Die Stadtverordnetenversammlung über die o.g. Gespräche zu informieren.

20. 12-F-03-0017

Lärmschutz Schiersteiner Brücke

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2012 -

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Weniger Verkehr und Lärm für Biebrich und Schierstein!“ wurde am 16.Juni 2011 in der Fassung des Änderungsantrages von CDU und SPD von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Ziffer 1 des Beschlusses Nr. 0255 lautete: „Der Magistrat wird gebeten, auf allen fachlichen und über sämtliche politischen Ebenen (Kommune, Land und Bund) auf den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 643 einzuwirken, um den durch die Stadt Wiesbaden geforderten umfassenden Lärmschutz unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zu sichern. Dazu zählt vor allem die Errichtung von durchgängigen Lärmschutzwänden direkt an der Bundesautobahn, um sowohl den Bedürfnissen der Anwohner und Gewerbetreibenden in Biebrich und Schierstein Rechnung zu tragen, als auch den Ausbau der Naturschutz- und Naherholungsgebiete zu sichern.“

Seit dem 14. Januar 2012 ist der Planfeststellungsbeschluss veröffentlicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 643 rechtzeitig Klage einzureichen, da dieser Beschluss den durch die Stadt Wiesbaden geforderten umfassenden Lärmschutz nicht berücksichtigt.
2. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt Mainz
 - a. ein Konzept zu entwickeln, wie nach dem Ausbau der BAB 643 ein durchgängiger Lärmschutz auf der Schiersteiner Brücke verwirklicht werden kann.
 - b. auf allen fachlichen und über sämtliche politische Ebenen (Kommune, Land und Bund) dafür einzutreten, dass die Schiersteiner Brücke nach dem Ausbau der BAB 643 einen durchgängigen Lärmschutz erhält.

21. 12-F-08-0014

Veröffentlichung der Einladungen und Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -

Die Einladungen mit den Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse werden in den Wiesbadener Tageszeitungen veröffentlicht. Diese erreichen aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger, da nicht alle an der Wiesbadener Kommunalpolitik interessierte Personen diese kostenpflichtigen Tageszeitungen regelmäßig lesen können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, ob die Einladungen mit den Tagesordnungen zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschusssitzungen neben der Veröffentlichung in den Wiesbadener Tageszeitungen auch in kostenlosen Publikationsorganen veröffentlicht werden können.

22. 12-F-33-0017

Jugendliche stärken: Ausbau der Schulsozialarbeit
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 31.01.2012 -

Die Schulsozialarbeit ist ein in Wiesbaden seit Ende der 70er Jahre erfolgreiches Angebot der Jugendhilfe, das nachweislich die Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss in Wiesbaden reduziert und vielen Schülerinnen und Schülern das Erreichen eines Ausbildungsplatzes bzw. eines Realschulabschlusses ermöglicht.

Durch den Ausbau der Schulsozialarbeit soll in Wiesbaden eine weitere Reduzierung der Schulabbrecherquote erreicht und die Perspektiven von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der bisherige Umfang der Schulsozialarbeit wird ausgebaut. Sie wird als Angebot der Jugendberufshilfe an der Albert-Schweitzer-Schule eingerichtet und an folgenden Schulen bedarfsgerecht (nach Aufgabenstellung und Schülerzahl) ausgebaut: August-Hermann-Francke-Schule, Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, Wilhelm-Leuschner-Schule.
2. Die Finanzierung dieses Ausbaus im Umfang von insgesamt 4,5 Planstellen [TVöD S 12 (Sozialarbeit)] und 0,15 Planstellen [TVöD S 6 (Freizeitbetreuer)] erfolgt bis einschließlich 2013 aus Bundesmitteln, die der Stadt im Rahmen des Programmes „Bildung und Teilhabe“ (Mittel für den Ausbau von Schulsozialarbeit) zugewiesen werden.
3. Die Mittel zum Ausbau der Schulsozialarbeit werden vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2012/2013 durch die Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörde zur Verfügung gestellt.
4. Die Mittel für den bereits in Umsetzung befindlichen Ausbau der Betreuenden Grundschulen werden vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2012/2013 durch die Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörde zur Verfügung gestellt.

23. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt gut 32 Prozent. Um die Probleme dieser Menschen frühzeitig erkennen und lösen zu können empfiehlt es sich, auch vor Ort in den Stadtbezirken einen breiteren Fokus auf integrationspolitische Belange zu legen. Durch die Einrichtung von ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten soll diese Herausforderung besser bewerkstelligt werden können. Diese Integrationsbeauftragten sollen in den jeweiligen Ortsbeiräten analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten auf freiwilliger Basis benannt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Ortsbeiräten die Benennung von Integrationsbeauftragten auf freiwilliger Basis zu empfehlen.
- Hierzu auch die Mitglieder des Ausländerbeirates, die im jeweiligen Ortsbezirk wohnen anzufragen.

Die Integrationsbeauftragten

- müssen nicht zwingend Mitglied im Ortsbeirat sein,
- sollen, analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten, im Ortsbeirat Rederecht bei integrationspolitischen Themen bekommen und Handlungsempfehlungen aussprechen dürfen.

Vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, der Verwaltung und den gewählten Integrationsbeauftragten wird ein Leitfaden erstellt, der zur Erleichterung der Arbeit dienen soll.

Ansprechpartner für die Integrationsbeauftragten sind der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung, und Integration, der Ausländerbeirat sowie das Amt für Zuwanderung und Integration.

24. 12-F-33-0019

Gründung der Baugesellschaft WiBau

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 31.01.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es wird zur Kenntnis genommen:

Der Aufsichtsrat der WIM Wiesbadener Immobiliengesellschaft Management GmbH (WIM) hat im September 2011 die Gründung einer „Baugesellschaft“ als unmittelbare Tochtergesellschaft angeregt. Mit diesem Schritt wird eine Umstrukturierung innerhalb des Immobilienbereiches der WIM beabsichtigt; die Abteilung Baumanagement der SEG soll in die neue Baugesellschaft eingebracht werden. Das Portfolio der Immobiliengesellschaften im Konzernverbund der WVV soll so komplettiert werden.

Die Abteilung Baumanagement der SEG hat in der Vergangenheit zahlreiche Bauprojekte in der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt und begleitet. Die SEG soll sich künftig auf ihr Kerngeschäft – die Entwicklung von Flächen – konzentrieren.

Die Baugesellschaft soll allerdings nicht nur Baumaßnahmen und Sanierungen von Objekten, sondern auch das Gebäudemanagement aller Immobilien des WVV-Konzernes übernehmen. Dieser Schritt ist eine weitere Verbesserung der Organisation des Immobilienbereichs, nachdem sämtliche Gewerbeimmobilien in der WVV Wiesbaden Holding GmbH zusammengeführt und somit von denjenigen Immobilien zu Wohnzwecken im WIM Konzern getrennt wurden.

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Baugesellschaft mit dem voraussichtlichen Namen „WiBau GmbH“ in Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen. Die Baugesellschaft soll das Gebäudemanagement aller Immobilien des WVV-Konzernes übernehmen. Das Gebäudemanagement aller Immobilien der Kernverwaltung und der Eigenbetriebe bleibt davon unberührt. Der Magistrat wird gebeten, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.
2. dem Abschluss des in der Anlage als Entwurf beigefügten Gesellschaftsvertrages zuzustimmen. Dezernat I/20 wird ermächtigt, ggf. erforderliche redaktionelle Änderungen vorzunehmen.
3. Dezernat I/20 zu beauftragen, die Gründung gemäß § 127 a HGO gegenüber dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdluS) schriftlich anzuzeigen.
4. die Mitglieder und deren Stellvertreter für den Aufsichtsrat entsprechend der Festlegung in der Satzung zu benennen.
5. nach Gründung der Gesellschaft, die zur Zeit von der WVV gehaltenen Immobilien in das Vermögen der WiBau GmbH zu überführen. Umfang, Zeitpunkt und Art des Übergangs sind durch die Gesellschaften durch separaten Vertrag zu regeln.

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **11-V-10-0027** DL 37/11-1
Anschaffung von Elektrofahrzeugen

2. **11-V-11-2012** DL 02/12-1
Integriertes Gesundheitsmanagement

3. **11-V-11-3008** DL 01/12-1
Freigabe von Mitteln des Personal- und Organisationsamtes für das Jahr 2012

4. **11-V-11-4002** DL 04/12-1, 03/12-1
Sicherung der Ausbildungsplätze
ANLAGE

5. **11-V-12-0011** DL 01/12-2
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für die Bewerbung Weltkulturerbe

6. **11-V-20-0069** DL 37/11-2
Investitionscontrolling 3. Quartal 2011

7. **11-V-20-0076** DL 37/11-3
Übersicht der durch den Magistrat genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

8. **11-V-20-0077** DL 01/12-3
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. **11-V-20-0083** **DL 37/11-4**
Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden 2010
10. **11-V-37-0005** **DL 03/12-2**
Eckwertkorrektur im Rahmen Haushaltsplanberatung 2012/2013
ANLAGE
11. **11-V-37-0006** **DL 37/11-6**
Deckung des Zuschussbedarfs 2011 im Budget Amt 37
12. **11-V-40-0046** **DL 37/11-7**
Unterbringung der Doppeljahrgänge G8 - G9 an den Gymnasien - hier Gutenbergschule und Gymnasium am Mosbacher Berg - Ausführungsvorlage
13. **11-V-40-0047** **DL 01/12-4**
Contracting Johannes-Maaß-Schule; Vorfinanzierung aus dem Grundstücksfonds
14. **11-V-41-0041** **DL 37/11-8**
Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Kulturfonds Rhein-Main
15. **11-V-41-0042** **DL 02/12-2, 01/12-5**
Vorabfreigabe 2012 Bereich Kultur 2. Quartal 2012
ANLAGE
16. **11-V-41-0044** **DL 37/11-9**
Unterbringung der Zentral- und der Musikbibliothek und des Medienzentrums in der Mauritiusgalerie

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 17. | 11-V-41-0045 | DL 01/12-6 |
| | Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2011 | |
| 18. | 11-V-41-0046 | DL 01/12-7 |
| | Programm und Finanzierung Internationale Maifestspiele 2012 | |
| 19. | 11-V-51-0067 | DL 01/12-8 |
| | Ablösung der Fachanwendung "Betwork" in der Betreuungsstelle des Amtes für Soziale Arbeit durch CABS "Betreuungsbehörde - BTB" | |
| 20. | 11-V-51-0070 | DL 37/11-10 |
| | Sanierung der Kindertagesstätte Klarenthal | |
| 21. | 11-V-51-0073 | DL 01/12-9 |
| | Ausführungsvorlage Kindertagesstätte Münchner Straße Anbau Personalraum | |
| | ANLAGE | |
| 22. | 11-V-51-0074 | DL 01/12-10 |
| | Ausführungsvorlage - Kindertagesstätte Kellerstraße - Energetische Versorgung | |
| 23. | 11-V-51-0075 | DL 37/11-11 |
| | Geschäftsbericht SGB II 1. Halbjahr 2011 | |
| 24. | 11-V-51-0077 | DL 37/11-12 |
| | Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse im Bereich des Amtes für Soziale Arbeit | |
| 25. | 11-V-51-0078 | DL 01/12-11 |

Vorabfreigabe eines Anteils der Bezuschussung zur Sicherstellung der Arbeit der Kontaktstelle
Gemeinschaftliches Wohnen

26. 11-V-52-0021 DL 37/11-13

Platz der Deutschen Einheit - Realisierungsphase - Vergabe von Projektsteuerung und
Projektcontrolling, Bereitstellung von Finanzmitteln

27. 11-V-63-0011 DL 37/11-16

Einführung Baulastenauskunft online

28. 11-V-63-0013 DL 03/12-3

Baugrundstück: Wiesbaden, Johannes-Maaß-Straße 1, Bauantrag Az.: 6302/631414/11
"Johannes-Maaß-Schule" Teilabbruch und Neubau eines Schulgebäudes und Verlegung
Parkplatz für 11 Pkw

29. 11-V-66-0222 DL 37/11-17

Tempo 30-Zone - Schlesierstraße, Pommernstraße und weitere, Wiesbaden-Nordenstadt

30. 11-V-66-0231 DL 01/12-12

In der Witz / Waldhofstraße in Mainz-Kastel; Erweiterung Tempo 30 Zone

31. 11-V-66-0232 DL 37/11-18

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Leuchten gegen energiesparende
Natriumdampf-Hochdruckleuchten

ANLAGE

32. 11-V-70-0011 DL 37/11-19

Wirtschaftsplan 2012/2013 und Mittelfristplanung 2014/2015 der Entsorgungsbetriebe der
Landeshauptstadt Wiesbaden

33. **12-V-20-0004** **DL 03/12-5**

Genehmigungspflicht für den in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag für Kassenkredite - § 105 (2) der Neufassung der Hessischen Gemeindeordnung

34. **12-V-36-0002** **DL 02/12-5**

Alte Deponie Mainzer Straße - Herstellung einer geordneten Deponieabdeckung durch Rückbau der stillgelegten Gasbrunnen

35. **12-V-36-0003** **DL 02/12-6**

Optimierung der Grundwassersanierung; Omnibusbetriebshof Gartenfeldstraße 18 in Wiesbaden

36. **12-V-37-0007** **DL 04/12-3, 03/12-7**

Frauenförderplan Dienststelle Berufsfeuerwehr Wiesbaden - Verlängerung

37. **12-V-80-6001** **DL 01/12-14**

Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Fortgeltung der Wertgrenzen für Vergaben im Rahmen der Sonderinvestitionsprogramme

Tagesordnung III

1. **11-V-07-0016** **DL 32/11-2**

ELW-Betriebskommission
Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen

ANLAGE

2. **11-V-10-0024** **DL 33/11-2, 31/11-3**

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und sonstigen Gremien; Änderungen in der Besetzung

ANLAGE

3. **11-V-30-0011** **DL 37/11-5**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach

4. **11-V-61-0039** **DL 02/12-3**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgungszentrum Anne-Frank-Straße/Goerdelerstraße" im Ortsbezirk Klarenthal in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

5. **11-V-61-0040** **DL 37/11-14**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Feststellungsbeschluss -

6. **11-V-61-0041** **DL 37/11-15**

Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Satzungsbeschluss-

7. **11-V-82-0014** **DL 01/12-13**

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gem. § 6, Absatz 2, 3 EigBG und der sachkundigen Einwohner

8. **11-V-82-0017** **DL 03/12-4, 02/12-4**

Kurtaxsatzung

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt:

9. **12-V-34-0001** **DL 04/12-2, 03/12-6**

Umwandlung des Zuschussbetrages der Stadt Wiesbaden an den Tierschutzverein für Wiesbaden und Umgebung e.V. in einen Sondermitgliedsbeitrag

Tagesordnung IV

1. **11-V-20-0060** **DL 37/11-1 NÖ**
Nassauische Sparkasse 2010

2. **11-V-20-0087** **DL 37/11-2 NÖ**
Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2011

3. **11-V-36-0018** **DL 37/11-3 NÖ**
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 24.11.2011

4. **11-V-80-2338** **DL 02/12-1 NÖ**
Verkauf eines Baugrundstücks
ANLAGE nicht öffentlich

5. **11-V-80-2341** **DL 04/12-1 NÖ, 03/12-2 NÖ**
Umnutzung sowie Verkauf von Anteilen einer ehem. Schule

6. **12-V-02-0003** **DL 03/12-4 NÖ**
Dr. Horst Schmidt Kliniken, Monatsbericht November 2011

7. **12-V-20-0001** **DL 01/12-1 NÖ**
Bürgschaft

8. **12-V-20-0003** **DL 03/12-5 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 01/2012

9. 12-V-36-0001

DL 02/12-2 NÖ

Geschäftsführung der Klimaschutzagentur Wiesbaden

HINWEIS:

Die Wahlen zu den Punkten 13 und 14 der Tagesordnung I sollen vor der Pause stattfinden.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher